

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Austausch mit Arndt Kirchhoff: Weichen stellen für unsere Unternehmen



Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick (r.) und Ministerpräsident Hendrik Wüst (l.) begrüßten Arndt Kirchhoff in der Fraktionssitzung.

Wirtschaftspolitische Themen haben für die CDU-Landtagsfraktion eine große Bedeutung. „Das liegt an der Struktur unserer Fraktion. Viele Abgeordnete kommen aus den Mittelstandsregionen Ost- und Südwestfalen sowie dem Münsterland. Außerdem vertreten viele die rheini-

schen Regionen mit den großen Chemieparken“, so der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schick.

Um sich über wirtschaftliche Herausforderungen auszutauschen, waren jetzt Arndt Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände, und deren Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering zu Gast.

Kirchhoff forderte die Landesregierung auf, sich in Berlin für eine Nachjustierung der Kraftwerksstrategie einzusetzen. Die beschlossenen zehn Gigawatt seien nicht genug: „Für NRW wird es nicht reichen. Wir können nicht bis nach der nächsten Bundestagswahl warten. Wir brauchen Flächen, Fachkräfte, wettbewerbsfähige Strompreise, einen schnelleren Aufbau der erneuerbaren Energien.“

Ministerpräsident Hendrik Wüst warnte ebenfalls vor zu langen Genehmigungsprozessen:

„Alles, was nach 2024 passiert, ist zu spät, um 2030 neu am Netz zu sein. NRW ist bereit, einen Beitrag zu leisten, um Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu beschleunigen.“ Zum Beispiel könnten gleiche Kraftwerkstypen im Wege einer Typengenehmigung schneller genehmigt werden.

Thorsten Schick: „Das Ziel unserer Politik ist, dass wir einer der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte in Europa bleiben. Wir werden nicht nachlassen, der Wirtschaft in NRW bessere Bedingungen zu ermöglichen.“



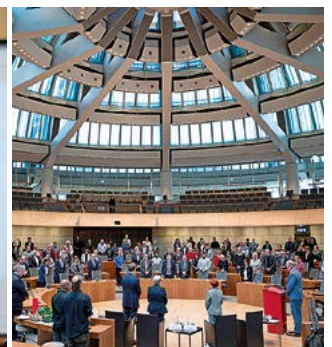
Frühlingsempfang 2024: Abschied von einem großen Sozialdemokraten

In Gedenken an Edgar Moron luden wir Anfang März zum Frühlingsempfang. Der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende ist im vergangenen Jahr im Alter von 82 Jahren von uns gegangen. In ihrer Laudatio ist es der ehemaligen Landtagspräsidentin Carina Gödecke gelungen, allen Anwesenden den Menschen Edgar Moron noch einmal näherzubringen.

Als Freund klarer Worte und entschiedener Tat war er durch und durch Sozialdemokrat. Und bleibt mit seinem Auftritt im Landtag am 13. November 2008 unvergessen: Seine Rede über den Umgang mit politischem Extremismus und über die politische Freiheit und Gleichheit war beispielhaft für seinen glühenden Einsatz für die Demokratie und seine Identifikation mit der Sozialdemokratie. Wir sind stolz, dass Edgar Moron einer von uns war. Und freuen uns



Mit bewegenden Worten erinnerten Fraktionsvorsitzender Jochen Ott (im Bild) und Carina Gödecke an Edgar Moron.



daher umso mehr, dass sein Portrait den Auftakt unserer Ahnengalerie bildet, die künftig im SPD-Fraktionssaal des Landtags Nordrhein-Westfalen zu finden sein wird.



„Wasser in Zeiten der Klimakrise“ – Grüne beantragen Enquetekommission

Hitzewellen und Dürren, Starkregen und Hochwasser – die Folgen der Klimakrise sind auch in Nordrhein-Westfalen immer stärker zu spüren. Die Grüne Fraktion hat daher die Enquetekommission „Wasser in Zeiten der Klimakrise“ initiiert. Diese wird sich in den kommenden zwei Jahren mit der Frage beschäftigen, welche Folgen der Klimakrise für die wertvolle Ressource Wasser in unserem Bundesland zu erwarten sind – und wie wir uns besser auf mögliche Wasserknappheiten, aber auch extreme Niederschläge einstellen können.

„Die Klimafolgenforschung zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit für Extremwetterereignisse immer weiter steigen wird. Ob wir auch 2050 oder 2100 noch ausreichend Trinkwasser in höchster Qualität zur Verfügung haben, ob wir Menschen und Umwelt ausreichend vor Ex-



Astrid Vogelheim (Grüne)

tremwetter schützen können, ob wir noch genug Wasser haben, um Nahrungsmittel zu produzieren – das entscheiden wir heute“, betont Astrid Vogelheim, Grüne Sprecherin für Klimafolgenanpassung und Wasserschutz.

Die Enquetekommission wird sich zunächst mit Klimafolgen in verschiedenen Klimaszenarien für NRW beschäftigen und der Frage, welche Folgen sich daraus zum Beispiel für das Grundwasser, für Gewässer und für die Trinkwasserverfügbarkeit ergeben. Darüber hinaus werden beispielsweise die Auswirkungen auf die Wirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft, mögliche Nutzungskonkurrenzen, aber auch das Überleben heimischer Tier- und Pflanzenarten betrachtet. Auf diesen Grundlagen wird die Enquetekommission konkrete Handlungsempfehlungen erarbeiten.



FDP-Fraktion mit 12-Punkte-Programm gegen Jugendkriminalität

Die Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen drastisch angestiegen. Insgesamt stieg diese von 2019 bis 2022 um 19 Prozent an, die Kriminalität an Schulen sogar um 55 Prozent. „Wissenschaftler und Praktiker sind sich einig, dass Kinder- und Jugendkriminalität ein komplexes soziales Problem ist, das einen ganzheitlichen Ansatz braucht. Präventive und repressive Maßnahmen müssen eng verzahnt werden, um kriminelle Karrieren frühstmöglich zu verhindern“, erklärt Marc Lürbke,



Marc Lürbke (FDP)

innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW. Die Freien Demokraten haben ein 12-Punkte-Programm entwickelt, mit dem die schwarz-grüne NRW-Landesregierung die Kinder- und Jugendkriminalität bekämpfen soll. Darunter fällt unter anderem der Ausbau von Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche und die personelle und finanzielle Stärkung von Schulen, Polizei und Justiz.

Junge Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und sozialen Situation, sollen die Chance haben, das Beste aus ihrem Leben zu

machen. „Die Landesregierung muss endlich die Prävention, Eindämmung und auch die Strafverfolgung im Bereich der Jugendkriminalität zur Chefsache machen, und zwar mit Hochdruck. Das muss Hand in Hand mit allen Netzwerkpartnern koordiniert sein – vor allem auch nicht irgendwann geschehen, sondern jetzt“, mahnt Lürbke. Zugleich muss straffällig gewordenen Jugendlichen konsequent mit dem Strafrecht begegnet werden. Nur so kann der Erziehungsgedanke des Jugendstrafrechts greifen und junge Menschen davon abhalten, weiter straffällig zu werden.



Lex Vosgerau

In einer von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkten Vorgehensweise vollzog der Landtag von Nordrhein-Westfalen eine signifikante Modifikation seiner Geschäftsordnung, die zu einer erheblichen Reduktion der konstitutionell verankerten Minderheitenrechte der Opposition führte. Zukünftig ist es möglich, dass Sachverständige der Fraktionen durch eine Zweidrittelmehrheit innerhalb der Enquetekommissionen ihres Amtes enthoben werden können. In Anbetracht der Tatsache, dass die politische Arbeit der Fraktionen maßgeblich auf externer Expertise fußt, stellt sich die Frage nach der Legitimität und Notwendigkeit einer derart drastischen Maßnahme.

Als Katalysator dieser legislativen Anpassung diente die sogenannte Potsdam-Kampagne der teilweise staatlich finanzierten Nichtregie-

rungsorganisation „Correctiv“, welche unter Verwendung teilweise gerichtlich widerlegter oder zumindest höchst fragwürdiger Behauptungen darauf abzielte, den anerkannten Sachverständigen Dr. Ulrich Vosgerau zum Rücktritt zu bewegen oder die Fraktion zu seiner Demission zu drängen. Hierbei wurde die private Lebensführung von Herrn Dr. Vosgerau in einer unzulässig politisierten Weise instrumentalisiert.

Trotz des Widerstands der AfD-Fraktion gegenüber diesen als herabwürdigend empfundenen Kampagnen und der Weigerung, den Forderungen nachzugeben, erfolgte eine Anpassung der Geschäftsordnung mit dem Ziel, anderen Fraktionen die Abwahl Herrn Dr. Vosgeraus zu ermöglichen.

Bei der Entscheidungsfindung über die Abwahl wurde indessen außer Acht gelassen, dass

Dr. Vosgerau wiederholt bekräftigte, bei dem umstrittenen Treffen in Potsdam seien weder die Abschiebung deutscher Staatsbürger noch „Deportationspläne“ diskutiert worden. Folglich wird die AfD-Fraktion auf der Grundlage hochkontroverser Behauptungen in ihren Minderheitenrechten signifikant beschnitten und in ihrer parlamentarischen Effektivität eingeschränkt.

Vor dem Hintergrund dieser unwürdigen Ereignisse sah Dr. Vincentz keine Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr und hat daher seinen Rücktritt als Vorsitzender der entsprechenden Enquete-Kommission eingereicht.

